

Für konsequente Gleichstellung

2019 soll die AL-Fraktion im Kantonsrat durch mindestens zwei weitere Personen Verstärkung bekommen. Mit einem Frauenanteil von knapp einem Drittel im Kantonsrat wird es dringend Zeit, diesen Anteil mindestens auf die Hälfte zu erhöhen. Die AL wird sich in der kommenden Legislaturperiode mit geballter Power für eine sozialverträglichere und gerechtere Politik für alle sowie einen starken Service public einsetzen.

Besonders bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es dringend Verbesserungen. Nach wie vor sind viele Strukturen (in der Wirtschaft und Politik) auf 100-Prozent-Jobs bzw. auf das Allein-Ernährermodell ausgerichtet. Dies ist besonders für viele Frauen bzw. (angehende) Familienmensen nicht tauglich. Deshalb braucht es unter anderem eine sozialverträglichere familienergänzende Kinderbetreuung. Der Kanton muss in dieser Sache eine steuernde Rolle und damit mehr Verantwortung übernehmen.

Es braucht jedoch nicht nur bessere Lösungen für die Betreuung von Kindern, sondern auch für die Betreuung von Familienangehörigen. Frauen werden aufgrund ihrer zunehmenden Erwerbstätigkeit künftig weniger für diese (unbezahlte) Arbeit zur Verfügung stehen. Zudem ist es mehr als stossend, dass viele Frauen wegen grosser Einkommenslücken aufgrund dieser Gratisbetreuungsarbeit später mit Altersarmut konfrontiert sind.

Eine steuernde Rolle und mehr Verantwortung muss der Kanton deshalb generell in der Langzeitpflege und -betreuung übernehmen. Es werden in den kommenden Jahren nicht nur Tausende von Fachkräften (vorwiegend Frauen) fehlen, es fehlt auch eine zeitgemässe Finanzierung, Planung und Koordination der ambulanten und stationären Versorgung aus einer Hand. Es braucht eine demokratische Kontrolle dieses sensiblen Bereichs des Service public, der aufgrund der demographischen Entwicklung künftig noch mehr an Bedeutung zunehmen wird.

Auch in der restlichen Gesundheitsversorgung muss der Kanton vorwärts machen und eine bedarfsgerechte und koordinierte Planung in Angriff nehmen. Dazu gehören insbesondere entsprechend ausgestaltete Spitallisten und die Schaffung eines Spitalverbundes. Dem kostentreibenden Wettbewerb muss ein Ende gesetzt werden. Stattdessen braucht es eine Koordination und Kooperation zwischen den Leistungserbringern.

Alle oben erwähnten Themen tangieren die (fehlende) Gleichstellung von Mann und Frau. Überall dort, wo der Kanton keine Verantwortung übernimmt, nicht vorwärts macht, keinen „Handlungsbedarf“ sieht, geschieht dies auf Kosten der Frauen. Damit muss endlich Schluss sein.